

Die Türkei auf dem Weg in die nach-kemalistische Republik

Heinz Kramer

Die jüngsten Wahlen in der Türkei haben bestätigt, dass sich im politischen Koordinatensystem des Landes entscheidende Veränderungen vollziehen: Die seit Gründung der Republik dominierende kemalistische Elite wird zunehmend von Vertretern einer Partei abgelöst, die dem politischen Islam entstammt. Eine neue »Mitte« entsteht. Türkischer und kurdischer Nationalismus drängen auf die politische Bühne. Die Opposition wird immer machtloser. All diese Indizien könnten als Beginn einer neuen, nach-kemalistischen Ära interpretiert werden. Sind deshalb die Befürchtungen berechtigt, dass der Türkei eine Islamisierung bevorsteht? Wird es zu einem grundlegenden Wechsel in der Politik der AKP-Regierung kommen? Möglicherweise tritt das Gegenteil ein: Hinter einem konservativeren äußeren Erscheinungsbild könnte sich eine auf mehr Pluralität, Demokratie und eine größere Liberalisierung hinauslaufende Systemveränderung durchsetzen.

In der Türkei haben kurz hintereinander Parlamentswahlen (22. Juli 2007) und die Wahl des Staatspräsidenten (28. August 2007) stattgefunden. Am 5. September sprach die Nationalversammlung der neuen Regierung von Ministerpräsident Erdoğan das Vertrauen aus. Damit begann die zweite Periode der AKP-geprägten Reform- und Modernisierungspolitik. Sie könnte endgültig den Weg in eine nach-kemalistische Republik ebnen.

Erstmals in der Geschichte der Republik besetzen nun Vertreter einer Partei, die ihre Wurzeln im politischen Islam hat, alle wichtigen Staatsämter: Staatspräsident, Ministerpräsident und Parlamentspräsi-

dent. Nur die Armee bleibt den kemalistischen Eliten, die die Geschicke des Landes seit der Gründung der Republik vor 84 Jahren bestimmt haben, als letzte Bastion erhalten.

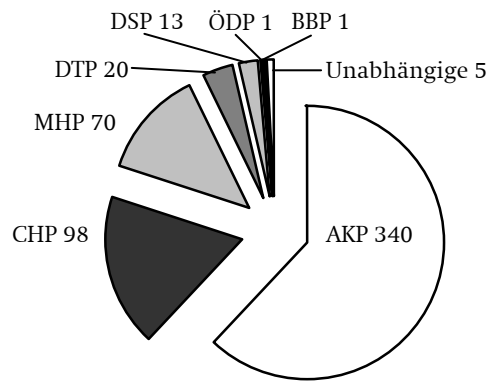
Das deutet bei oberflächlicher Betrachtung auf die Möglichkeit eines Identitätswandels der Türkei im Sinne einer stärkeren Islamisierung hin. Doch wird dabei verkannt, dass der Sieg der AKP bei den Parlamentswahlen weniger als Ausgang des Streits zwischen Säkularisten und Religiös-Konservativen um die »richtige Republik« zu deuten ist, sondern viel stärker dem Wunsch breiter Massen nach Fortsetzung einer Politik Ausdruck gab, die sie in den

vergangenen Jahren als erfolgreich empfunden haben.

Ein anhaltendes überdurchschnittliches Wirtschaftswachstum, dessen Früchte allmählich auch »unten« in der Gesellschaft geerntet werden können, und Reformen, die die kemalistische Verkrustung des politischen Lebens aufgebrochen haben, wurden vom Wähler positiv gewürdigt.

Grafik

Aktuelle Sitzverteilung in der 23. Großen Türkischen Nationalversammlung



Die Anatomie der Wahlen

Die vorgezogenen Parlamentswahlen vom 22. Juli 2007 waren die Folge einer Staatskrise, die das kemalistische Establishment mit Hilfe seiner Unterstützer in Parlament und Gesellschaft auslöste, indem es im Mai die Wahl von Außenminister Abdullah Gül zum Staatspräsidenten verhinderte.

Die kemalistischen Kräfte erlitten eine eindeutige Niederlage: Ihr politischer Hauptrepräsentant, die Republikanische Volkspartei (CHP), die ihren Wahlkampf vorrangig auf den ideologischen Glaubenskrieg um die Sicherung der säkularistischen Republik Atatürks vor der Übernahme durch die Kräfte des Islamismus fokussiert hatte, wurde klar in die Schranken gewiesen. Nur 20,9 Prozent der Wähler gaben ihr die Stimme, während der von ihr ausgemachte ideologische Gegner, die Partei für Gerechtigkeit und Entwicklung (AKP) von Ministerpräsident Erdoğan, auf 46,6 Prozent kam. Konnte die CHP sich

gegenüber den Wahlen von 2002 lediglich um 1,5 Prozentpunkte verbessern, legte die AKP um 12,2 Punkte zu.

Neben diesen beiden Parteien gelang es auch der Nationalistischen Aktionspartei (MHP), mit 14,3 Prozent wieder ins Parlament einzuziehen, nachdem sie 2002 an der Zehn-Prozent-Hürde gescheitert war. Außerdem kamen 26 unabhängige Kandidaten ins Parlament, die insgesamt 5,2 Prozent der Stimmen errangen.

Da die Mehrheit von ihnen eigentlich politischen Parteien angehörte, sind jetzt im Parlament auch mehr als drei Parteien vertreten. 20 »Unabhängige« sind Anhänger der kurdischen Partei für eine demokratische Gesellschaft (DTP) und haben sich inzwischen auch unter diesem »Etikett« als eigene Fraktion etabliert. Ferner haben sich die »Unabhängigen« Ufuk Uras und Muhsin Yazicioğlu wieder ihren früheren Parteien angeschlossen, so dass formal jetzt auch zwei Splitterparteien, die linksliberale Partei für Freiheit und Solidarität (ÖDP) und die ultranationalistische Große Unionspartei (BBP), im Parlament vertreten sind. Den Reigen vervollständigen die 13 Abgeordneten der Demokratischen Linkspartei (DSP), die auf CHP-Listen zur Wahl angetreten waren, sich aber nach der Konstituierung des Parlaments, wie sie vorher angekündigt hatten, wieder selbständig gemacht haben.

Zwei der insgesamt 550 Parlamentssitze sind nicht besetzt, weil kurz nach der Wahl ein MHP-Abgeordneter tödlich verunglückte und Außenminister Gül nach seiner Wahl zum Staatspräsidenten verfassungsgemäß sein Mandat niederlegen musste. Das türkische Wahlsystem kennt keine Nachrücker.

Dominanz der AKP

Die AKP hat sich türkeiweit als führende politische Kraft etabliert. Dieser Erfolg war nur möglich, weil die Partei weit über die konservativ-religiösen Kreise der Gesellschaft und die Bewohner der Armutsbezirke in den Großstädten hinaus Wähler

mobilisieren konnte. Sie findet heute auch Anhänger im städtischen Mittelstand sowie unter den religiösen Minderheiten und konnte im Südosten die Vorherrschaft der PKK-nahen DTP brechen.

Der Charakter der AKP als Volkspartei spiegelt sich auch in der Parlamentsfraktion, die personell erheblich erneuert wurde. Parteichef Erdoğan hat bei der Listenaufstellung mehr als 150 frühere Abgeordnete, hauptsächlich aus dem islamistischen »Millî-Görüş«-Flügel, nicht berücksichtigt. Das kam Abgeordneten zugute, die nicht zur Kernklientel der AKP gehören, wie zum Beispiel der frühere Generalsekretär der CHP, Ertuğrul Günay, oder der frühere Londoner Investmentbanker Mehmet Şimşek.

Damit haben sich aber auch die Erwartungen an die neue AKP-Regierung gewandelt. Sie wird in ihrer Politik ein breiteres Spektrum gesellschaftlicher Interessen zu befriedigen haben, darf dabei aber ihre Kernklientel nicht vernachlässigen. Das Regieren könnte für Erdoğan trotz – oder gerade wegen – des überragenden Wahlerfolges schwieriger werden.

Linker, rechter und kurdischer Nationalismus

Neben der Dominanz der AKP hat die Wahl weitere jüngere Trends der türkischen Politik einmal mehr bestätigt. Auf die Stagnation des kemalistisch-säkularistischen Lagers wurde schon hingewiesen. Wenn sich die CHP nicht personell und inhaltlich erneuert, droht sie mittelfristig zur Randerscheinung zu werden. Immer mehr Linke in der Türkei sind befremdet über den national-kemalistischen Dogmatismus des CHP-Vorsitzenden Deniz Baykal. Die erneute Weigerung der Fraktion, an der Wahl des Staatspräsidenten teilzunehmen, nachdem die AKP zum zweiten Mal Abdullah Gül als Kandidaten präsentierte, deutet allerdings nicht auf einen Wandel hin.

Ihr könnte deshalb in der MHP Konkurrenz erwachsen. Unter der Führung ihres Vorsitzenden Devlet Bahçeli bemüht sich

die MHP sehr darum, das Image der nationalistischen Rabauken abzulegen, das sie vor allem dem Auftreten ihrer Jugendorganisation verdankt, den Grauen Wölfen. Ihre Wahlkampf-Rhetorik war durch das Bemühen um Mäßigung gekennzeichnet. Sie sucht in der Kammer bewusst ein entspanntes Verhältnis zu ihren Sitznachbarn von der kurdischen DTP und verhielt sich im Gegensatz zur CHP spielregelkonform, indem sie die Präsidentenwahl nicht boykottierte und so zusammen mit den anderen Oppositionsparteien deren geordnete Durchführung ermöglichte. Die MHP hofft wohl, ihre Attraktivität beim Wähler durch das Image eines »rationalen Nationalismus« zu erhöhen und damit von Baykal enttäuschte »National-Sozialisten« der CHP abzuwerben.

Der Einzug der DTP in Fraktionsstärke eröffnet erstmalig Vertretern des kurdischen Nationalismus die Möglichkeit, ihr Anliegen innerhalb des Systems an prominenter Stelle zur Geltung zu bringen. Für die weitere Entwicklung der kurdischen Frage in der Türkei wird viel davon abhängen, ob die DTP ihre Positionen im politisch-parlamentarischen Prozess eher radikal oder eher kompromissorientiert vertritt. Darüber entscheidet letztlich der Ausgang des parteiinternen Machtkampfs zwischen der »Öcalan-Fraktion« und der gemäßigten Gruppe um den Vorsitzenden Ahmet Türk.

Doch auch die verschärfte Konkurrenz mit der AKP um die politische Führerschaft in der Region nach dem großen Wahlerfolg der AKP in den kurdischen Provinzen wird Einfluss darauf haben, welche taktische Linie die DTP zwischen Radikalisierung und Mäßigung verfolgt. Die Forderung nach einer Erleichterung der Haftbedingungen für den PKK-Führer Öcalan oder die Zurückweisung der AKP-Forderung nach einer Verurteilung der PKK durch die DTP zeigen, dass die kurdischen Nationalisten den richtigen Weg für einen konstruktiven Dialog mit der Regierung noch nicht gefunden haben.

Das Ende der traditionellen Mitte

Neben der Reetablierung des türkischen und dem Vordringen des kurdischen Nationalismus ins politische Zentrum hat die Wahl vom 22. Juli 2007 auch gezeigt, dass die bisherige politische Mitte zerfällt bzw. sich im Rahmen der AKP neu konstituiert. Zugleich wurde deutlich, wie prekär die Lage der Opposition angesichts einer übermächtigen Regierung nach wie vor ist.

Im Vorfeld der Wahl scheiterte ein Versuch, die Parteien der rechten Mitte zu vereinigen. Die Mutterlandspartei (Anavatan) trat gar nicht zur Wahl an und die Demokratische Partei (DP) – vormals Partei des Rechten Weges (DYP) – erreichte nur magere 5,4 Prozent. Ähnlich wie die Wirtschaftskreise scheinen immer mehr Gruppen des bürgerlichen Lagers ihren Frieden mit der AKP und ihrer Reformpolitik zu schließen.

Noch schlimmer sieht es auf Seiten der nicht-dogmatischen linken Mitte aus. Die Sozialdemokratische Volkspartei (SHP) vermochte nicht einmal in allen Wahlkreisen Kandidaten aufzustellen, und die DSP konnte aus ihrem Wahlbündnis mit der CHP keinen rechten Profit ziehen und erreichte im Parlament nicht einmal Fraktionsstärke. Es ist höchst zweifelhaft, ob sich die Hoffnung ihres Vorsitzenden Zeki Sezer erfüllt, in nächster Zeit vom wachsenden Unmut über Baykals Fundamentalopposition in der CHP profitieren und Überläufer aufnehmen zu können.

Demokratie ohne Opposition

Die Rekonfiguration der Parteienlandschaft lässt aber auch deutlich werden, dass der AKP und ihrer Regierung keine wirksame Opposition gegenübersteht. Das gilt nicht nur mit Blick auf die Mehrheitsverhältnisse im Parlament. CHP und MHP sind in ihren säkularistischen bzw. nationalistischen Ideologien gefangen, was ihnen eine sachbezogene politische Oppositionsarbeit nahezu unmöglich macht. Damit fallen sie aber auch gegenüber der türkischen Öffentlichkeit jenseits ihrer ideologischen Sym-

pathisanten als Gegengewicht zur AKP-Regierung aus.

Die sozialdemokratischen und liberaldemokratischen Kräfte in der türkischen Gesellschaft haben es bis jetzt nicht verstanden, sich im politischen Spektrum des Landes zu organisieren, und treten daher als Opposition zu den religiös-konservativen Kräften allenfalls in der Zivilgesellschaft in Erscheinung. Das Phänomen der politisch-organisatorisch »heimatlosen Mitte« ist in der Türkei noch nie so deutlich sichtbar gewesen wie bei den letzten Parlamentswahlen.

Damit wächst die Wahrscheinlichkeit, dass sich die politische Dominanz der AKP im Laufe der Zeit in einem konservativeren Außenbild der Türkei niederschlägt. Dabei ist durchaus die Gefahr gegeben, dass in ländlichen Gebieten oder in konservativ-religiös dominierten Bezirken der Großstädte Amtsinhaber der AKP ihre Machtposition für eine »religiöse Gleichschaltung« der Öffentlichkeit auszunutzen versuchen, etwa indem sie konservative Moralvorstellungen im öffentlichen Erscheinungsbild von Gemeinden Geltung verschaffen.

Das würde die Ängste kemalistischer Kreise, insbesondere von Frauenorganisationen, schüren, dass die AKP-Basis Demokratie als uneingeschränkte Herrschaft der Mehrheit versteht. Hier kann nur durch eine Ausdehnung und Verankerung liberaler Grundsätze im politischen System gegengesteuert werden, die von der Regierung bewusst betrieben werden müsste. Dass jedoch nicht einmal Ministerpräsident Erdoğan diese Grundsätze voll internalisiert hat, zeigt dessen häufig höchst empfindliche überzogene Reaktion auf politische Kritik.

Angesichts der Situation in der Parteienlandschaft wird die Diskussion über alternative politische Sachlösungen, wenn überhaupt, auch künftig außerhalb des Parlaments geführt – oder aber in den Reihen der Regierungspartei. Damit bleibt weiterhin unklar, wie in der Türkei das für eine funktionierende Demokratie auf Dauer un-

erlässliche Wechselspiel von Regierung und Opposition wieder etabliert werden kann.

Eine Regierungspartei, die sich keiner ernsthaften Opposition gegenüber sieht, läuft Gefahr, der Illusion der eigenen Omnipotenz zu erliegen, sich in parteiinternen Auseinandersetzungen zu verschleißen oder mangels äußeren Kohäsionsdrucks in diverse Fraktionen auseinanderzufallen.

Die Aufgaben der Politik

Die neue Regierung Erdoğan will in den nächsten Jahren den Prozess der Heranführung der Türkei an die EU-Mitgliedschaft energisch vorantreiben. Das haben Erdoğan und Gül in ihren jeweiligen Antrittsreden unmissverständlich klargestellt. Dafür sind erhebliche Anstrengungen notwendig, um die wirtschaftspolitischen Reformen der vergangenen Jahre zu konsolidieren und zu verstärken; ebenso notwendig sind noch größere Bemühungen um die demokratische Umgestaltung der Türkei. Daneben gilt es, sich den aus der politisch unsicheren geographischen Nachbarschaft im Nahen/Mittleren Osten und in der Kaukasusregion erwachsenden Herausforderungen zu stellen.

Die Krise im Vorfeld der Parlamentswahl, aber auch die von Gewalt geprägten nationalistisch inspirierten Vorfälle seit dem Frühsommer 2006 haben erneut gezeigt, dass die Grundlagen des politischen Lebens in der Türkei umfassend modernisiert werden müssen, soll der Weg in die EU zum Ziel führen. Hier liegt die größte und am schwersten zu meisternde innenpolitische Herausforderung für die AKP. Es geht um nicht weniger, als den Weg in die nachkemalistische Republik zu bereiten.

Das Projekt einer »zivilen« Verfassung

Ministerpräsident Erdoğan scheint entschlossen, sich dieser Herausforderung zu stellen. Direkt nach dem Wahlsieg hat er die Erarbeitung einer neuen, einer »zivilen« Verfassung angekündigt, die die in ihrem

Kern noch aus der Zeit unmittelbar nach dem Militärputsch von 1980 stammende aktuelle Verfassung ersetzen soll.

Dieses Vorhaben ist der umfassende Lackmusestest, der Aufschluss darüber geben wird, wie konservativ, wie islamisch und wie liberal-demokratisch die AKP-Regierung ist. Denn die Verfassung muss in doppelter Hinsicht »zivil« sein: Zum einen muss sie von einem in freien Wahlen gewählten Parlament verabschiedet (und nicht wie ihre letzten beiden Vorgängerinnen unter Militäreinfluss geschrieben) werden und zum anderen frei vom Ballast einer staatstragenden Ideologie auf die Grundsätze moderner liberaler Demokratie gegründet sein.

Das Vorhaben birgt erhebliche politische Brisanz. Schließlich erfordert die Verabschiedung einer »zivilen« Verfassung, die den politischen Realitäten der Türkei gerecht werden soll, das Abrücken vom Kemalismus, wenn nicht gar den Bruch mit einigen seiner Glaubenssätze. Zu nennen sind hier das Staats- und Nationsverständnis, wozu auch die Frage gehört, was einen »Türken« im Sinne der Verfassung ausmacht. Dazu gehört ferner die Frage, wie weit bzw. ob überhaupt in der Verfassung Rekurs auf den Staatsgründer Atatürk und seine Ideologie genommen werden soll/muss. Aus diesen grundsätzlichen Erwägungen ergibt sich weiterer Klärungsbedarf für Einzelaspekte: die Stellung und Rolle des Militärs, die Gestaltung und die Grundlagen des Bildungswesens, die Unabhängigkeit der Justiz, die Behandlung von Minderheiten und die Stellung des Staatspräsidenten, um nur die wichtigsten zu nennen. Ein weiteres wichtiges Thema ist die Ausgestaltung des Säkularismusprinzips in der Verfassung.

Das auf die kemalistische Ideologie gegründete aktuell vorherrschende Staats- und Nationsverständnis macht den einzelnen Bürger zu einer Größe, die dem Interesse und Wohl des Staates und der Nation nachgeordnet ist. Ebenso problematisch wie dieser Befund ist das Verständnis der Republik als unitarischer Nationalstaat mit einem homogenen Staatsvolk, in

dem es keine Minderheiten gibt und alle Menschen »Türken« sind.

Eine mit den Grundsätzen der Europäischen Menschenrechtskonvention (EMRK) im Einklang stehende Verfassung müsste dem Bürger und seinen Rechten klar Vorrang einräumen. Dies hätte sich insbesondere in jenen Bestimmungen der Verfassung niederschlagen, aus denen die zulässigen Einschränkungen der Bürger- und Freiheitsrechte hervorgehen.

Ebenso unumgänglich wäre in einer den aktuellen politischen und ethnischen Gegebenheiten der Türkei entsprechenden Verfassung die Betonung und rechtliche Verankerung des Pluralismus-Prinzips. Das betrifft die Behandlung politischer, religiöser und ethnischer Minderheiten ebenso wie das Verhältnis von Säkularismus und Religionsfreiheit. In all diesen Fällen muss die entsprechende Freiheit des Individuums im Sinne eines effektiven Minderheitenschutzes gewährleistet werden. Das öffentliche Bekenntnis zu einer Religion darf zum Beispiel nicht dazu führen, dass dem Bekennenden Bildungschancen verwehrt bleiben. Andererseits darf das Verhalten öffentlicher Institutionen nicht von religiösen oder ideologischen Vorschriften gesteuert sein.

In einer »zivilen« Verfassung ist die politische Sonderstellung des Militärs zu beenden. Es ist Sache der demokratisch gewählten Institutionen, die Grundlagen der demokratisch verfassten Republik zu verteidigen. Das Militär hat die Aufgabe, den Staat vor äußeren Bedrohungen zu schützen. Die Grundlagen der Sicherheitspolitik haben Ergebnis eines demokratischen Prozesses und nicht einer militär-internen Meinungsbildung zu sein. Der Grundsatz der prinzipiellen Überprüfbarkeit staatlicher Entscheidungen durch unabhängige Gerichte muss auch für das Militär gelten, dem hier keine Sonderstellung zusteht. Der Generalstab darf kein institutionelles Eigenleben führen.

Die konsequente Verwirklichung dieser Grundsätze einer »zivilen« Verfassung, die mit der EMRK voll vereinbar ist, gerät häu-

fig in Widerspruch zur vorherrschenden Interpretation der Grundsätze des Kemalismus. Daher sollte die Berufung auf die Gründungsideologie der Republik durch ein Bekenntnis zu den Leitbildern und Werten zeitgenössischer (europäischer) Demokratie ersetzt werden.

Eine Verfassung dieses Zuschnitts wäre eine Zumutung für verschiedene Teile der türkischen Gesellschaft, deren tiefe Gespaltenheit in den letzten Monaten erneut deutlich geworden ist. Für die kemalistischen und nationalistischen Kreise, aber auch für weite Teile des großstädtisch-westlichen Mittelstands bedeutete sie – zu Recht – das Ende der bisherigen Republik. Dem etablierten Selbstverständnis der Militärführung entzöge sie die Grundlage und, mehr noch, käme dem Überschreiten von »roten Linien« gleich, die Generalstabschef Büyükanıt zuletzt zwei Tage vor der Wahl von Abdullah Gül zum Staatspräsidenten in einer öffentlichen Erklärung erst wieder klar gezogen hat.

Doch auch Teile der AKP-Anhängerschaft dürften sich an einem effektiven Minderheitenschutz stoßen, der etwa mit einer rechtlichen Absicherung nicht-muslimischer Glaubensgemeinschaften und einer Anerkennung der kurdischen ethnischen Identität einherginge. Beides widerspräche ihren Vorstellungen von »Türke-Sein«, die im Nicht-Islamischen und Nicht-Türkischen das abzulehnende Fremde sehen.

Erdoğan spielt mit dem Vorhaben einer neuen Verfassung also ein riskantes Spiel mit unsicherem Ausgang. Aus diesem Grunde hat er wohl auch den Weg einer breiten gesellschaftlichen und politischen Debatte des im Parlament zu behandelnden Entwurfs gewählt. Dieser soll aus mehreren Entwürfen und Entwurfsteilen entstehen, die von einer parteiinternen Kommission der AKP zu einer Beratungsvorlage zusammengefügt werden. Neben der Debatte im Verfassungsausschuss des Parlaments sind Diskussionen mit zivilgesellschaftlichen Organisationen und Verfassungsexperten sowie eine generelle Möglichkeit der Bürgerbeteiligung über das Internet vor-

gesehen, bevor die Nationalversammlung dann im Frühjahr 2008 die neue Verfassung verabschieden soll. Diese soll zudem zur Volksabstimmung gestellt werden.

Für Erdoğan und die AKP stellt sich die Frage, wo sie im Parlament Verbündete für ihr Projekt finden können und wollen. Denn sie müssen ein großes Interesse daran haben, dass die neue Verfassung nicht mit dem Stigma einer »AKP-Verfassung« behaftet ist. CHP und MHP dürften ebenso wie die kurdische DTP zur Kooperation nur bereit sein, wenn ihre speziellen Interessen berücksichtigt werden. Das jedoch würde entweder eine Bewahrung wichtiger Bestandteile der kemalistischen Ideologie bedeuten oder das Eingehen auf kurdisch-nationale Forderungen, für die es in der breiten türkischen Bevölkerung keinen Rückhalt gibt.

Wenn Erdoğan und die AKP ihre Ankündigung wahr machen und die neue Verfassung nur im gesellschaftlichen Konsens verabschieden lassen wollen – und damit nicht nur die knappe Hälfte der Wähler meinen, denen sie ihren Wahlsieg verdanken –, dann müssen sie Kompromisse nach vielen Seiten eingehen und laufen damit Gefahr, den Reformansatz zu verwässern. Der Erfolg des Projekts »zivile Verfassung« ist also keineswegs gesichert, so positiv die aktuellen Kommentierungen dazu auch sein mögen.

Ein Fehlschlag wäre allerdings eine schwere Niederlage für den Ministerpräsidenten und sein Vorhaben, die Türkei von Grund auf zu modernisieren. Hätte er jedoch Erfolg und gelänge es, die neue Verfassung stärker auf die Grundwerte der EMRK zu gründen als auf die Gründungs-ideologie der Republik, dann stünde der Weg in die nach-kemalistische Türkei wirklich offen.

EU-Beitrittsprozess

Doch auch ohne das Verfassungsprojekt kommen auf die AKP und ihre Regierung eine Reihe schwieriger politischer Aufgaben zu, wenn der Ministerpräsident am Ziel

der Fortsetzung des EU-Beitrittsprozesses festhält, das er in seiner Regierungserklärung vom 31. August 2007 proklamiert hat und das auch in der Antrittsrede von Staatspräsident Gül einen prominenten Platz einnahm.

Zwar konzentrierten sich beide eher auf die für die Erfüllung des gemeinschaftlichen Besitzstandes notwendigen Schritte, die sie als unumgänglich für eine zeitgemäße Modernisierung der Türkei bezeichneten. Doch dürfte auch ihnen klar sein, dass die EU daneben eine entschiedene Fortsetzung der politischen Reformen erwartet, die auf die weitere Demokratisierung und Liberalisierung der Türkei zielen.

Damit müssen aber irgendwann in der neuen Legislaturperiode in der Türkei politisch höchst umstrittene Themen auf die Tagesordnung gesetzt werden: die Kurdenfrage, die Behandlung nicht-muslimischer Minderheiten, die politische Rolle des Militärs und die Bereinigung des Strafrechts von nationalistischen Tabus.

Die AKP wird ihre Erfolge in den süd-östlichen Provinzen in den Kommunalwahlen im März 2009 nur konsolidieren können, wenn sie dort für eine nachhaltige Verbesserung der wirtschaftlichen und sozialen Lage sorgt. Dazu gehört auch das weitere Zurückdrängen der Militärpräsenz in der Region. Mit dem Einzug der DTP ins Parlament hat sich die politische Konkurrenz um die Wähler in diesen Provinzen verschärft. Die AKP wird die Forderungen nach einer stärkeren Berücksichtigung der kurdischen Identität im politischen Raum (Stichwort: Zweisprachigkeit) ebenso wenig ignorieren können wie die Frage nach dem richtigen Umgang mit einer zumindest deklaratorisch ausgleichswilligen PKK (Stichwort: umfassende Amnestie).

Vergleichbares gilt für das Problem der nicht-muslimischen Minderheiten. Seit längerem drängt die EU darauf, ein Gesetz zu verabschieden, das den aus rechtlichen Gründen in Form von Stiftungen agierenden christlichen Kirchen in der Türkei ein Minimum an Rechtssicherheit gibt, ihnen erlaubt, Grundbesitz zu erwerben und ihre

Geistlichen auszubilden und zu beschäftigen. Wichtiger aber noch dürfte sein, dass staatlicherseits ein öffentliches Klima geschaffen wird, in dem nicht-muslimische Glaubensgemeinschaften nicht quasi-automatisch als Feinde der Türkei angesehen werden, deren Existenzrecht in Zweifel gezogen werden kann.

Im Interesse der Liberalisierung des politischen Klimas fordert die EU seit langem eine Änderung des politischen Strafrechts. Immer noch enthält es Bestimmungen, die so ausgelegt werden, als stellten sie alle Einrichtungen des türkischen Staates, diesen Staat selbst und seine Nation sowie das »Türkentum« unter einen besonderen rechtlichen Schutz vor jeglicher Art von Kritik. Nationalistische Kreise ziehen in diesem Zusammenhang mit Vorliebe Paragraph 301 Strafgesetzbuch heran. Die Abschaffung dieses Paragraphen wäre das richtige Signal nach innen und nach außen, um den Willen der AKP zum Ausdruck zu bringen, die Türkei nachhaltig politisch zu modernisieren.

Solange jedoch wichtige politische Stimmen aus Kreisen der EU-Mitgliedstaaten immer wieder den türkischen Beitritt in Frage stellen, werden sich in der türkischen Öffentlichkeit, einschließlich der AKP, erhebliche Widerstände gegen derartige »Zugeständnisse« an die Europäer halten. Dasselbe gilt für die EU-Forderung nach einer Öffnung der türkischen Häfen und Flughäfen für den Verkehr mit der (griechischen) Republik Zypern.

Ministerpräsident Erdoğan wird daher nur vorsichtig und mit kleinen Dosen von Reformpolitik agieren können. Allerdings könnte sich ein großer Teil der politischen Forderungen der EU im Zuge der Verabschiedung der »zivilen« Verfassung erledigen, wenn diese eindeutig an Grundsätze und Werte der EMRK rückgebunden würde.

Ausblick

Die an EU-Maßstäben orientierte Modernisierungspolitik wird sich nur dann erfolgreich fortsetzen lassen, wenn Erdoğan die

zu erwartenden erheblichen politischen Widerstände aus kemalistischen und nationalistischen Kreisen durch einen dauerhafteren großen Rückhalt in der breiten Masse der Bevölkerung auszubalancieren vermag. Die Bevölkerung bindet ihre Zustimmung zur neuen Regierung vorrangig an deren Leistungen in der Wirtschafts- und Sozialpolitik.

Die Steigerung der Massenkaufkraft, die Senkung der Arbeitslosigkeit und die Verbesserung der Leistungen des Sozialsystems bei gleichzeitiger Wahrung der Preisstabilität und einer soliden Haushaltspolitik sind die Herausforderungen, denen sich die AKP-Regierung in diesem Feld gegenübersehen.

Das alles wird nur zu erreichen sein, wenn die weltwirtschaftliche Konjunktur die Türkei weiter begünstigt und das außen- und sicherheitspolitische Umfeld halbwegs stabil bleibt. Sollte die aktuelle Krise der internationalen Finanzwelt eine deutliche Abschwächung der Konjunktur in der EU zur Folge haben, hätte das aufgrund der engen Verflechtungen erhebliche Rückwirkungen auch auf die türkische Wirtschaft. Deren nach wie vor großer Modernisierungsbedarf wird stabilitätsgerecht nur zu befriedigen sein, wenn die türkischen Exporterlöse, die vor allem im Handel mit der EU erzielt werden, auf hohem Niveau bleiben.

Ebenso wichtig ist die Stabilität des politischen Umfelds. Zwei Politikkomplexe sind dabei von herausragender Bedeutung:

Zum einen muss die EU dafür sorgen, dass die Glaubwürdigkeit der Beitrittspolitik nicht weiter erodiert. Trotz schwindender EU-Begeisterung der türkischen Bevölkerung ist die Ankerfunktion der Union für die politische und wirtschaftliche Modernisierung des Landes nach wie vor unverzichtbar.

Zum anderen darf sich die Entwicklung im Mittleren Osten (Irak und Iran) nicht drastisch verschlechtern. Insbesondere muss mittelfristig ein tragfähiger Interessenausgleich zwischen der Türkei und den nordirakischen Kurden gefunden werden.

© Stiftung Wissenschaft und Politik, 2007
Alle Rechte vorbehalten

SWP
Stiftung Wissenschaft und Politik
Deutsches Institut für Internationale Politik und Sicherheit

Ludwigkirchplatz 3-4
10719 Berlin
Telefon +49 30 880 07-0
Fax +49 30 880 07-100
www.swp-berlin.org
swp@swp-berlin.org

ISSN 1611-6364